

Änderer Geschehen ist, mag ein Anfang sein, ein über- zeugender Beweis unseres redlichen Willens ist es noch nicht. Man hat manches getan, längst nicht alles. Ein einziger Gesandtenposten ist mit einem neuen Mann besetzt worden. Auf den anderen Posten sitzen Männer der alten Richtung, wenn man ihre jungfräulichen demokratischen Glaubensbekenntnisse unverändert glauben wird. „Denn hätten sie“, wie die „Gazette de Louvain“ einmal schrieb, „Wilhelm II. christlichen Geistes den Treueid ablegen können, wenn sie heute den Ebert und Scheidemann ohne Widerstreben Gefeilschaft leiten? Männer, die so leicht ihre Gesinnung wechseln, sind immer verdächtig. Es wäre für Deutschland besser gewesen, wenn es uns Männer, die nicht in verschiedenen Farben schillern, gesendet hätte.“

Ja, wir sind außerordentlich bedächtig und oft mit west- fremder Naivität auf den neuen Bahnen gewandelt. Jetzt, endlich, werden gründliche Reformen verheißen. Es sei erlaubt, zu zweifeln. Nicht am guten Willen, aber an der unüberwindlichen, eisernen Energie, ihn durchzuführen, und an der Erkenntnis des wirklich Notwendigen. Wir dürfen verlangen, daß man Vertreter ins Ausland entsendet, die frei von jedem persönlichen Ehrgeiz, bereit sind, dem deutschen Volk zu dienen und ihm Freunde zu werben. Zu politischen Konstellationen, zu diplomatischen Ränken mit mehr oder minder versteckten Mitteln ist für uns nicht mehr die Zeit. Das Machtbewußtsein muß aus unserem Geist verschwinden, und nur die Gerechtigkeit des Rechtes und der Menschlichkeit und die rücksichtslosere Verstandigungswille müssen die maßgebenden Faktoren sein, auf denen wir künftig unsere Weltbeziehungen aufbauen. Es kommt nicht darauf an, aus welchem Lager unsere Aus- landsvertreter stammen. Wichtig ist die Befähigung, wichtige Stellenungen mit Sozialdemokraten besetzt werden, eigen- lich überflüssig. Aber darauf kommt es an, daß die Männer, die wir hinschicken, nicht mit den Mafeln des alten Systems behaftet, nicht durch die Schule der Diplomatie, die den Charakter verdirbt, gegangen sind. Und um die letzten Zweifel an unseren guten Willen zu beseitigen, wäre es nötig, schon heute mit den gründlichsten Reformen zu beginnen und Männer, die in allen Farben schillern, nach Hause zu schicken, selbst wenn sie mit taubem Eiden für sich bürgen. Es gibt genug, die sie ersetzen können!

Die ersten Kämpfe mit den bayerischen Rotgardisten.

Württembergische Truppen in Dachau, 19. April.

Bei Freising ist es gestern, wie in hiesigen Garnison- kreisen verlautet, zu einem größeren Zusammen- stoß zwischen der „Roten Garde“ und Truppen des 7. Infanterieregiments gekommen, das für die Regierungstruppen ziemlich verlustreich war. Es wird von 80 Toten gesprochen. Die Spartakisten hatten vor der Stadt Schützengraben aufgeworfen, die schwer mit Maschinengewehren besetzt waren. Von anti- licher Seite ist bisher keine Bekämpfung dieser Meldung eingelaufen.

In Dachau sind gestern abend 3000 Mann württem- bergischer Truppen eingetroffen.

Kommunistenputsch in Offenbach.

Mißglückter Sturm auf die Kaserne.

Offenbach, 18. April. (Privat.)

In Offenbach a. M. kam es gestern nach einer Kommunisten- versammlung zu schweren Ausschreitungen. Die Kommu- nisten zogen nach der Kaserne der Regierungstruppen, die sie stürmen wollten. Die Besatzung war jedoch auf ihrem Posten und gab auf die Geranschüsse drei Salven ab. Es gab 30 Tote und viele Verletzte. Die Kommunisten wurden ver- richteter Dinge abziehen.

Einigung mit Braunschweig.

Exrapäsident Merges verhaftet.

Braunschweig, 18. April.

In einer Verhandlung zwischen General Maerder und dem Justizminister des Landtags wurde eine Einigung in der Kabinettsfrage erzielt, durch die die Spannung zwischen Braunschweig und dem Reich beseitigt wird. Danach würde das Kabinett bestehen aus vier oder fünf Mehrheitssozial- listen, zwei Unabhängigen und einem Demokraten. Dieses Kabinett wird bis 24. April im Amt bleiben. An diesem Tage wird der Landtag zusammentreten und die Neubildung des Kabinetts vornehmen.

Der Expräsident und Spartakistenführer Merges wurde heute im Zentrum der Stadt Braunschweig in einer Voden- kammer aufgeführt und verhaftet. Ferner sind einige weitere Kommunistenführer in Haft genommen worden. Da die verlassene Nacht verhältnismäßig ruhig verlaufen ist, hat General Maerder heute für die Stadt Braunschweig die Bestimmungen des Belagerungszustandes wesentlich gemildert.

Die Opposition des Leipziger A.-Rats.

Der Belagerungszustand für ungültig erklärt.

Leipzig, 18. April. (W. L. B.)

Der Große Arbeiterrat zu Leipzig gibt heute bekannt: In Leipzig herrscht Ruhe und Ordnung. Der Belagerungs- zustand in Leipzig ist überflüssig; seine Aufrechterhaltung würde lediglich zur Beunruhigung führen, die Störungen von Ruhe und Ordnung nach sich ziehen würde. Der Große Arbeiterrat zu Leipzig ordnet deshalb an: 1. Die Polizeistunde wird nach wie vor auf 1/2 Uhr festgesetzt; 2. Anmeldungen von Ver- sammlungen brauchen nicht stattzufinden.

Die Streiks in Oberschlesien.

Die kommunistische Parole.

Waldenburg i. Schl., 18. April. (L. U.)

In sämtlichen Spinnereien und Webereien Mittel- schlesiens ist die Arbeiterschaft in den Unzustand ge- treten. Dem Streik liegen Lohnforderungen zugrunde, worüber augenblicklich verhandelt wird.

Rattowitz, 18. April.

Der Streik auf den ober-schlesischen Gruben und Hütten dehnt sich weiter aus, und es hat den Anschein, als würde dem Ruf der Kommunisten in Oberschlesien Folge geleistet. Auch die Rhein- und brandenburgischen Gruben streiken; desgleichen die Martha-Hütte. Das Liebegreifen auf die großen Hütten, die Donners- markhütte und Bismarckhütte, wird befürchtet. Die Forderungen der

Arbeiter erstrecken sich jetzt auf die Sechsstundenarbeit. Auf der Ludwigsgladbach sind die Arbeiter mit neuen Lohn- forderungen hervorgetreten.

Die Klage der „Vergewaltigten“.

Die Monarchisten und „republikanische Handschlag“.

Durch eine Verfügung des preussischen Ministeriums sind jetzt veränderte Bestimmungen für die Bildung von Ein- wohnerwehren festgesetzt worden. Die Wehren sollen den einzelnen Oberpräsidenten unterstellt, aber durch gemein- sames Wirken der Gemeinden und Räte zusammengesetzt werden. Die Mitglieder müssen sich durch Handschlag verpflichten, ihre Dienste der republikanischen Staats- form zu widmen. Damit ist auch unserem Drängen nach- gegeben worden. Der „Deutschen Tageszeitung“ paßt diese Be- stimmung selbstverständlich nicht. Sie schreibt:

„Unseres Erachtens würde eine Verpflichtung gegenüber der „vom Volke gewählten Regierung“ vollaus genügen, da sie in der Praxis das selbe besagen würde; denn tatsächlich wird ja wohl noch für beträchtlich längere Zeit, als wir hoffentlich Einwohner- wehren gebrauchen werden, die vom Volke gewählte Regierung republikanisch sein. Gewiß könnten auch Monarchisten aus dem gleichen Grunde sich mit einer solchen Verpflichtung auf die Republik abfinden; zweifellos werden aber viele monarchische Kreise darin eine Vergewaltigung ihrer Herzens- überzeugung sehen, die auf ihre Bereitschaft zur Beteiligung an Einwohnerwehren um so weniger günstig einwirken kann, als sie eben völlig unartig erscheint.“

Die „Tageszeitung“ hat Recht: Die Regierung wird „noch für beträchtlich längere Zeit, als wir hoffentlich Einwohner- wehren gebrauchen werden“, republikanisch bleiben. Sie wird im mehr republikanisch bleiben. Auch wenn die monarchischen Agrarier in der sehr vernünftigen und notwendigen Bestim- mung jehmal eine „Vergewaltigung ihrer Herzens- einigung“ erblicken.

Unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft der deut- schen Landwirtschaft hat sich eine Reihe landwirtschaftlicher Organisationen gegen die Behauptung des Landes durch den Vol- keswirtschafsmus, für den Abbau der Zwangsirtschaft und die „Sicherung und Förderung der Erzeugung an allen Wirtschaftsbereichen“ zusammengeschlossen. Neben einer Anzahl landwirtschaft- licher Kreisvereine befindet sich der Bund der Landwirte unter den Unterzeichnern des Aufrufs. Der demokratische Deutsche Bauernbund fehlt. Obwohl die „Arbeitsgemeinschaft“ unter Ausschluss jeder Parteipolitik zu wirken beabsichtigt, scheint uns das Ganze ein Generalversuch des Bundes der Landwirte zu sein, bisher neutrales Gebiet für seine Zwecke zu annektieren.

Der Friedensvertrag.

300 Seiten Maschinenchrift.

Amsterdam, 18. April.

Nach Meldung des „Telegraaf“ aus Paris, wird der Frie- densvertrag aus 1000 Artikeln bestehen, die 800 Seiten Maschinenchrift in Anspruch nehmen werden. 68 Artikel handeln von Saarbeiden. Der vorläufige Friedensvertrag mit Oesterreich wird sofort nach Unterzeichnung des Vertrages mit Deutschland, wie man erwartet, vor Ende Mai geschlossen werden. Wenn die Deutschen sich weigern sollten, den Vertrag zu unterzeichnen, so deutete man daran, einen großen Teil des deutschen Gebietes zu besetzen, die Blockade beizubehalten und die Lebensmittelverrichtungen einzustellen.

Diese Drohung wird unsere Delegierten nicht abhalten, das zu tun oder zu unterlassen, was das Schicksal des deut- schen Volkes und die Sicherung des Weltfriedens verlangen.

Leinert — Friedensdelegierter.

Als die Stelle des erkrankten Gefandten in Bern, Dr. Adolf Müller, tritt in das Sechsmänner-Kollegium unserer Friedens- delegation der Präsident der preussischen Landesversammlung Leinert.

Uns lag diese Meldung schon am Donnerstag abend vor. Wir hielten sie für einen Aprilscherz, da wir uns nicht denken konnten, daß die Regierung auf der Suche nach einem Sozial- listen für die Friedensdelegation an Karl Kautsky oder Eduard Bernstein vorübergehen würde. Da die Nachricht am- tlich bestätigt wird, müssen wir, wohl oder übel, an ihre Richtigkeit glauben.

Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen.

Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister.

Am Karfreitag fand nachmittags eine Beratung vor dem Reichsarbeitsminister Bauer im Reichsarbeitsamt statt. Vom Verband der Berliner Metallindustriellen waren Herr v. Borfig, Direktor Gieses, Direktor Schlipmann, Raurat Meyer sowie mehrere Herren vom Arbeitgeberverband erschienen. Die Streikenden waren durch Ingenieur Aufhäuser, Schmidt und Günter vertreten. Vom Volksgesundheitsamt wohnte Wolfenbühler den Verhandlungen bei. Reichsarbeitsminister Bauer sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen endlich zu einem gedeihlichen Abschluß kommen würden. Herr v. Borfig führte darauf in längerer Rede die Gründe aus, die den Verband der Metallindustriellen verhinderten, in dem Mitbestimmungsrecht in bezug auf die Einstellungen den Angeestellten noch weiter entgegen- zukommen. Minister Bauer bemerkte hierzu, daß der Verband heute nicht mehr die Verantwortung habe, eine etwa die gesamte Industrie bindende Entscheidung zu treffen. Da andere Gewerbe, wie das Versicherungswesen und die Brauereien, bereits zu einer Einigung gekommen sind, er machte jedoch die Vertreter der Arbeitnehmer darauf aufmerksam, ihre Forderungen nicht zu hoch zu setzen, da es durchaus noch nicht sicher sei, daß die Regie- rung in dem kommenden Gesetz allen Forderungen der Angeestellten rückhaltlos zustimmen würde. Die Vertreter der Strei- kenden berieten sich darauf, daß ihre Marschroute von der am Donnerstag abgehaltenen Dänmännerversammlung vorgezeichnet sei, und daß die Angeestellten sich mit halben Konzessionen nicht mehr ab- speisen ließen. Nach langen Debatten wurde in der Frage des Mitbestimmungsrechtes noch nicht erzielt werden. Die Schieds- kommission wurde auf beiden Seiten um je drei Mitglieder erweitert. Auch gestern beschäftigte man sich lediglich mit dem Mitbestim-

mungsrecht bei Einstellungen. Die Angeestellten haben die Erklärung ab, daß es ihnen durchaus nicht darum zu tun ist, die Bankleitungen bei der Einstellung von besonders geeigneten Persön- lichkeiten, die für besondere Funktionen benötigt werden, zu kontrol- lieren. Die Geschäftsleitung solle hier nicht im geringsten gehemmt, viel- mehr unterstützt werden, da der Eingriff tüchtiger Beamter das Gedeihen des Unternehmens fördere. Bedinglich bei quantitativen Ein- stellungen könne der Ausschluß auf sein Mitbestimmungs- recht nicht verzichtet. Es müsse durchaus verhindert werden, daß die Bankleitung bei aussteigender Konjunktur Masseneinstellungen vor- nehme, und später, wenn das Geschäft abflaute, nicht etwa die neu- gütig aufgenommenen entlasse, sondern altes Personal, das nicht mehr genügend arbeitsfähig und deshalb zu teuer erweise. Die Verhand- lungen zogen sich bis in den späten Nachmittag hin, ohne daß es zu irgendeiner bestimmten Formulierung der Entschlüsse gekommen wäre.

Aussicht auf Einigung?

W. L. B. meldet: Die Einigungsverhandlungen im Angestellten- streik nahmen gestern einen günstigen Verlauf. Soweit sich die Lage abends 9 Uhr beurteilen ließ, bestehen gute Aus- sichten, daß eine Einigung erzielt wird.

Die Angestellten der Deutschen Bank versammelten sich heute vormittag 10 Uhr in den Germania-Prachtzügen, Chausseestraße 110, zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen. Zu den Angestellten, die gehen haben, wie am Donnerstag, 17. April, morgens 9 Uhr, vor dem Warenhaus am Tich, Große Frankfurter Straße, die Angestellten dieses Hauses, Pflanz- lichen und Falkenberg einen Streikposten überließen und hinterwärts mit Stöden blutig schlugen. Zeugen, die noch nicht notiert sind, insbesondere Fräulein Fröhlich und der Angestellte aus dem Pflanz-Betrieb, werden gebeten, ihre Adressen zu senden an Rudolf Pflanz, O. 17, Straßburger Platz 6/7.

Unaufgeklärte Leichenfunde.

Mit den Sportaus-Übungen im März haben drei noch unau- geklärt Leichen in Verbindung, die an der Alsterbrücke, an Mühlenstamm und am Luisenpark gefunden wurden. Die erste Leiche wurde am Mittwoch an der Alsterbrücke gefunden. Trotz der starken Bewachung der Leiche war noch zu erkennen, daß der Tote, ein junger Mann, eine tödliche Schußverletzung erlitten hatte. Es gelang festzustellen, daß es sich um einen Stahlschweizer Größ- lang aus der Krebsstraße 20 handelt, der seit der März- unruhen zusammen mit seinem Vater und einem zweiten Bruder spurlos verschwunden war. Die Mutter hatte überall nach ihrem Mann und den beiden Söhnen gesucht, aber nirgends eine Spur von ihnen gefunden. Sie hätte nur erzählen können, daß alle drei bei dem Aufstand verunglückt und ins Wasser geworfen seien. Näheres konnte die Mutter nicht erfahren.

Am Donnerstag wurde aus dem Mühlenstamm wieder eine Leiche aus dem Wasser gezogen, die im Nacken eine tiefe, aufsteigend von einem Messer her über die Stirn und auf die Brust schließende, das seit den Märzunruhen im Wasser liegt. Besonders auffällig an dieser Leiche ist, daß der Tote am Arme und Beine Ver- wunden trug und ohne Fußbekleidung war. Es wurde zuerst angenom- men, daß der Tote, ein junger Mann von etwa 20 Jahren, der zweite vermählte Sohn der Frau Mann sei. Eine Beschichtigung ergab jedoch, daß das nicht der Fall ist. Der Tote trug eine feldgraue Uniform. Wer nach seit den Märzunruhen einen Feldgrauen vermißt, wird erlucht, sich im Zimmer 96 des Berliner Polizeipräsidiums bei Kriminalkommissar Dr. Anuschat zu melden.

Eine dritte Leiche wurde gestern vor dem Hause Luisenpark 38 gefunden. Auch sie hat schon längere Zeit im Wasser gelegen. Der Tote, ein Mann von etwa 28 bis 30 Jahren, der 1,77 Meter groß war und wohlhabendes, furchtschnittenes Haar und ebensolches Schnur- bart hatte, ist auf der Brust, auf beiden Armen und Händen stark tätowiert. Auf der Brust und dem linken Arm hat er u. a. einen Frauenkopf, auf dem rechten Arm eine Krone, ein Herz mit Schwert und um das Handgelenk und mehreren Fingern Ringe eingeschlagen. Auffällig ist, daß er unter seiner Militäruniform eine Jacke mit den Abzeichen von Kriegsgefangenen trägt. Die Abzeich- nungen des Ardes tragen die Nummer 19, innen aber trägt er einen Stempel des 1. Garderegiments und befindet sich im Berliner Schauspiels-

Ein Osterfest für die Kriegsbeschädigten. Die Reichs- regierung hat verfügt, daß infolge Kriegsbeschädigung vor dem 9. November 1918 entlassenen Unteroffizieren und Mann- schaften mit Rücksicht auf die Verteuerung aller Gegenstände des täg- lichen Bedarfs eine einmalige Zulage von 50 Mark gezahlt wird. Die Zahlung erfolgt durch die Bezirkskommandos. Die Zahlung der Osterzulage ist zu begründen, darf aber von der Notwendigen allgemeinen Reform der Kriegsbeschädigtenbezüge nicht abgesehen werden.

Endlich! W. L. B. meldet: Der Minister für Kunst und Wissen- schaft hat mit Erlaß vom 16. April die Regierungen angewiesen, den Lehrern und Lehrerinnen der Volksschulen die ihnen nach dem Kunderlasse vom 4. März d. J. zustehenden neuen Teuerungszulagen nebst der Nachzahlung vom 1. Januar 1919 ab mit größter Beschleunigung auszuführen. — Es ist allerdings höchste Zeit geworden, daß an die Auszahlung der Zulagen von ministerieller Seite erinnert worden ist.

Der neue Bürgermeister von Spandau. Der als Nachfolger des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Dangelhans zum ersten Bür- germeister der Stadt Spandau gewählte Bürgermeister Behnke aus Frankfurt a. O. wurde in einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung durch Oberbürgermeister Erdhöck als Vertreter des Potsdamer Regierungspräsidenten in sein Amt eingeführt. An der Einführung hatten sich die Mitglieder der Un- abhängigen nicht beteiligt.

Sport

Eröffnungssportfest im Stadion. Das zur Eröffnung des Deutschen Stadions veranstaltete Sportfest ging am Karfreitag bei prächtigem Frühlingsschnee vor sich. Den Beginn bildete der Gau 20 des Deutschen Fußballverbundes mit einem größeren Programm. Das Eröffnungsspiel holt sich Schönefeld (R. C. Konordia) vor seinem Klubkameraden R. Schumann, der sich durch einen Sieg im Ermunterungsspiel über Schöber (R. C. Halle) einschädigte. Das Dänmännerfest lag über wiederum Schönefeld nicht nehmen, der den Berlin-Rottbus-Berlin-Sieger Dobbratz auf den zweiten Platz verwies. Dobbratz siegte dann mit Gutz (Aber-Büchtemberg) als Partner im Zweikampfsport und holte sich auch das abschließende Auscheidungsduell vor G. Richter (B. H. C. Zugvogel). — In einem Fußballspiel fanden sich im Innenraum der großen Arena der Berliner Fußballklub und der Verein für Bewegungsspiele Panow gegenüber. Nach beiderseits gleichmäßigem Spiel endete der Kampf 3 : 3 (1 : 1) unentschieden.

Die Berliner Verbandsfußballspiele brachten in der Spitzklasse am Karfreitag folgende Resultate: Nordend-Nordwest gegen Altonania 2 : 1 (0 : 0), Borussia gegen Preußen-Berlin 2 : 1 (1 : 1), Favorit gegen Union-Charlottenburg 2 : 2 (1 : 1), Minerva gegen Sportverein 4 : 2 (2 : 1), Nordwärts gegen Union-Oberbörschneide 3 : 1 (2 : 0). In der ersten Klasse folgte Union-Friedrich mit 2 : 0, Union-Berlin den Victor mit 1 : 0 und Borussia die Altonaer mit 1 : 0. Im Gesellschaftsspiel siegte Bertha über Germania-Pandua mit 1 : 0, Hubertus über Borussia-Schöneberg 5 : 2 und Tasmania über S. C. des Westens 3 : 0.

Verantwortliche Redaktionen: Für Kasse Postlitz: Dr. Erich Marx, Charlottenburg, für innere Postlitz: Axel Bette, Westend; für Kommunisten, Groß-Berlin, Geschäftsleitung und den Verein für Sozialistische Sportbe- treiber: Berlin, für Fußball und Rhythmus Unterhaltungsblätter: Georg Siebert, Berlin, für den Infanteristen: Paul Oesch, Berlin-Charlottenburg.

Druck und Verlag: Rudolf Wolff, O. 2.